

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 55. Ratssitzung vom 24. Juni 2015

1088. 2014/379

Motion der FDP-Fraktion vom 26.11.2014:

Genehmigung der Leitbilder, Konzepte und Aktionspläne durch den Gemeinderat, Änderung der Gemeindeordnung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Michael Baumer (FDP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 550/2014): Vor einiger Zeit hiess es, dass die Verpflegungskioske am Bellevue aufgelöst werden sollen. Dies angeblich aufgrund des Erscheinungsbilds des Seebeckens. Offenbar wurde dieser Punkt im Leitbild Seebecken festgehalten. Für uns ist es unbefriedigend, jedesmal ein Postulat einzureichen, wenn der falsche Kiosk betroffen ist. Deshalb wäre es zweckmässig, wenn die geltenden Leitbilder dem Gemeinderat vorgelegt und gewisse Liberalisierungen schon im Voraus getroffen werden können. Spezifisch geht es um die Leitbilder, die einen Verordnungscharakter haben. Diese könnte man auch direkt als Verordnungen erlassen, um relativ einfach darüber zu diskutieren, ob sie dem Gemeinderat vorgelegt werden müssen. Der Stadtrat hat in seiner Antwort schon relativ ausführlich dargelegt, welche Leitbilder sich dafür eignen würden und welche nicht. Deshalb wäre es wichtig, diese Arbeit nun abzuschliessen und in einen Gesetzestext umzuändern, über den man abstimmen könnte.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

***STR André Odermatt:** Man greift in eine grundsätzlich gut funktionierende Aufteilung zwischen Zuständigkeiten von Exekutive und Legislative ein. Die Frage ist, wie man mit den Begrifflichkeiten operiert. Ein Konzept ist ein Aktionsplan, wann ein Leitbild einen Verordnungscharakter hat oder nicht. Die Motion hat auf einen medialen Aufschrei reagiert. Dem Gemeinderat obliegt, aufgrund einer gesetzlichen Zusicherung, dort ein Mitwirkungsrecht, wo der Beschluss einen absolut entscheidenden Einfluss auf die Nutzung des öffentlichen Raums hat. Dem Gemeinderat werden heute schon wichtige Leitbilder und Strategien zur Kenntnis vorgelegt. Bei der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) wurde dieses Vorgehen versäumt. Sie hat keinen Verordnungscharakter, sondern ist für die politische Diskussion eine wichtige Grundlage. Das Leitbild Seebecken soll hinsichtlich der Überlegungen für geplante Vorlagen Transparenz schaffen. Es schafft aber nicht Recht und auch kein Bauprogramm. Wenn sich davon Projekte ableiten, werden diese im normalen Prozess im Gemeinderat behandelt. Das Leitbild gibt also nicht den Befehl, die Kioske abzuschaffen. Wenn wir dazu aber ein verbindliches Instrument bestimmen, wird die Abgrenzung zwischen Verordnungscharakter und keinem Verordnungscharakter schwer.*

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorstoss. Mit dem Leitbild sollten zwei erfolgreiche private Wurststände durch japanische Schnurbäume ersetzt werden. Im konkreten Fall ist zwar alles gut gegangen, die Stände können bleiben. Zukünftig würden wir aber gerne die Leitbilder nochmal prüfen, bevor die Stadt die ersten Kündigungsschreiben verschickt. Es gibt keinen triftigen Grund, den Vorstoss abzulehnen.

Gabriele Kisker (Grüne): Es fehlt eine Planungsebene zwischen dem regionalen Richtplan und der BZO. Man sollte Planungsinstrumente einführen, die rechtlich möglich sind. Deshalb sollte man die Beschleunigung des kommunalen Richtplans vorantreiben. Die hier vorliegenden populistischen Forderungen haben aber keine Basis, weshalb wir die Motion kategorisch ablehnen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die Motion ist ein Schnellschuss. Man will eine Verordnung taxieren, weil ein Teil der Leitbilder eine Verbindlichkeit entfaltet, die nicht vorgesehen ist. Der Stadtrat hat dargelegt, dass dies gerade im vorliegenden Fall nicht so ist. Darüber kann man diskutieren, aber das ist nicht Inhalt der Motion. Man schränkt willkommene Handlungsspielräume ein, nimmt ihnen die Flexibilität und schafft eine Rigidität, was ein Leitbild sein soll und was nicht. Das kann nicht die richtige Stossrichtung sein. Ich teile die Meinung, dass es einen gewissen Wildwuchs an Instrumenten gibt, aber wenn man diese einschränken will, müsste man anders ansetzen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Auch die Grünliberalen haben sich schon über die Vielfalt an Leitbildern, Konzepten, Aktionsplänen und sonstigen Instrumenten gewundert, die produziert werden, um die verwaltungsinternen Abläufe zu legitimieren und den öffentlichen Raum zu regulieren. Gleichzeitig haben auch wir uns schon in der frustrierenden Situation wiedergefunden, dass die Instrumente uns - wenn überhaupt - vorgestellt werden, wir aber überhaupt keinen Einfluss auf sie ausüben können. Das Anliegen der Motionäre ist jedoch so allumfassend und nicht greifbar formuliert, dass wir uns der Ausführung des Stadtrats anschliessen. Wir würden es begrüssen, dass wir solche Instrumente zukünftig auch zur Kenntnisnahme und zur Diskussion vorgelegt bekommen.

Niklaus Scherr (AL): Es gibt durchaus Handlungen der Exekutive, die eine starke Aussenwirkung haben, aber nie in einem demokratischen Ablauf verifiziert, kontrolliert oder genehmigt werden. Der schon vom Stadtrat angesprochene Räumliche Entwicklungsplan (RES) war ein klassischer planerischer Sündenfall. Er war eine Vor-Weichenstellung für den ganzen BZO-Entwurf, der relativ direkt, ohne das wir vorher darüber eine Richtplandebatte hatten, aus Analysen der räumlichen Entwicklungsstrategie abgeleitet wurde. Früher war es so, dass es einen planerischen Vorlauf der Exekutive gab. Die operative Ebene lag in den Händen des Parlaments. In den letzten vierzig Jahren ist diese Philosophie geändert worden. Die Gewaltentrennung ist gerade bei raumwirksamen Aktivitäten nicht gerade in Stein gemeisselt und wir

3 / 3

wollen die Motion unterstützen, weil beim RES ein solches Vorgehen durchaus angebracht gewesen wäre.

Michael Baumer (FDP): Wir wollen das zusätzliche Ermessen nicht einschränken. Die Frage ist, wo man das Ermessen durch solche Leitbilder stark einschränkt, so dass es dort wenigstens demokratisch legitimiert ist. Das ist keine zusätzliche Regulierung. Die Diskussion sollte weitergeführt werden, um weitreichende Leitbilder vorzudefinieren und die Flexibilität einzuschränken, um vernünftige Entscheide zu treffen.

Die Motion wird mit 55 gegen 59 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat